

[\[home\]](#)

WoZ-Online

20.12.2001

Schweiz-Südafrika: eine innige Beziehung

Wiedergutmachung für Apartheid-Wunden

Interview: Johannes Wartenweiler** Hinweis für PC-UserInnen:**

Verwenden Sie zum Ausdrucken unserer Artikel bitte den Internet Explorer, Netscape unter Windows legt sich quer.

Die Anti-Apartheid-Aktivistin und Ökonomin Mascha Madörin zu ihrem Werdegang, zur Entschuldungs- und Entschädigungskampagne und zur Rolle der Swiss South African Association. (Literaturhinweise am Ende des Textes)

WoZ. Kürzlich erklärte der südafrikanische Staatspräsident Thabo Mbeki, sein Land verlange keine Entschädigung für das während der Zeit des Apartheid-Regimes begangene Unrecht. Inwiefern beeinträchtigt dies die Bemühungen der Kampagne für Entschuldung und Entschädigung?

Mascha Madörin: Mbeki kann sich als Vertreter des Staates durchaus auf diesen Standpunkt stellen. Es geht im vorliegenden Fall auch nicht um Entschädigungsforderungen eines Staates gegenüber anderen Staaten sondern vor allem um die Klagen von Individuen und Organisationen der Zivilgesellschaft gegenüber der Wirtschaft. Solche Klagen sind in den USA am einfachsten möglich. Mbekis Aussage hat aber in Südafrika viele Leute enttäuscht. Sie passt auch zum Entscheid des ANC, Verträge, die unter dem Apartheid-Regime während der Sanktionen abgeschlossen wurden, zu respektieren. Dies entgegen früheren Drohungen,

etwa damals gemachte Schulden nicht zurückzuzahlen. Bevor die neue Regierung gewählt wurde, diskutierte der ANC (African National Congress) intensiv die Frage, ob die neue demokratisch gewählte Regierung völkerrechtlich gesehen eine Nachfolgeregierung des Apartheidregimes ist. Die Version Nachfolgeregierung setzte sich schliesslich durch (es gab ja auch Übergangsverhandlungen). Diese Fragen sind nicht ohne Tücken. Dass die neue Regierung eine Nachfolgeregierung der Apartheid-Regierung ist, hat beispielsweise die absurde Konsequenz, dass im Prinzip Nachbarstaaten die jetzige südafrikanische Regierung wegen Kriegsverbrechen ihrer Vorgängerregierung haftbar machen könnten. An der Weltkonferenz der UNO gegen Rassismus in Durban (September 2001) erklärten denn auch die afrikanischen Staaten, dass sie keine Entschädigungen von der Nachfolgeregierung der Apartheid verlangen wollen. Aber im Prinzip gelten die grundlegenden Menschenrechte über alle Staatsgrenzen hinweg. Individuen können sie gegenüber Staaten vor internationalen Gerichtshöfen geltend machen.

Andererseits fällt es der Kampagne nicht leicht, zu erklären, dass sie auch ohne offizielle Rückendeckung der neuen Regierung, an der Entschädigungsforderung festhalten will.

Schliesslich ist der politische Konflikt zwischen der Regierung und der Kampagne auch ein Indiz für einen fortschreitenden Demokratisierungsprozess.

Wer steht hinter der Kampagne und welches sind ihre konkreten Ziele?

Hinter den Forderungen der Kampagne steht eine südafrikanischen Koalition von NGOs - auch wichtige kirchliche Institutionen, ebenso ein Patronat einflussreicher Personen. Der Slogan der Kampagne

heisst: Sollen wir zweimal für die Apartheid bezahlen müssen? (Paying for apartheid twice?) Weshalb sollen Schulden, welche das Apartheidregime zur Führung von Kriegen und die Bezahlung von Repression und wirtschaftlicher Autarkie nun von einer Demokratie zurückbezahlt werden? Weshalb sollen die nächsten Generationen von Kindern darunter leiden müssen, dass anstatt Schulen gebaut, in die Rüstungsindustrie investiert und Atombomben konstruiert wurden? Die Schäden, welche das Apartheidregime durch Krieg, Destabilisierungspolitik und ökonomische Sanktionen Nachbarländern verursacht haben, sind bedeutend grösser, als die Auslandsschulden dieser Länder. Sollen nun diejenigen ungeschoren davon kommen, die mit ihrem Geld das Regime so lange unterstützt und dabei prächtig verdient haben? Die Apartheid wurde wie das NS-Regime mehrmals als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt. Die Nürnberger Prozesse und die nachfolgenden UNO-Konventionen haben die Rechte auf Entschädigung bei schweren Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf internationaler Ebene verankert.

Die Forderungen sind also rechtlich abgestützt?

Grundsätzlich ja, wenn es um die Klage gegen Regierungen und staatliche Institutionen geht. Schwieriger ist es bezüglich der Privatwirtschaft. Für Klagen gegen Unternehmen gibt es keine internationalen Gerichtshöfe. Am einfachsten ist eine Klage in den USA. Dort ist es relativ einfach, beispielsweise ein Unternehmen zur Rechenschaft zu ziehen, das zur Ausbeutung von Rohstoffen Land enteignet und Dörfer zerstört hat. Ähnliches gilt für die Beschäftigung von Zwangsarbeitern. Juristisch wesentlich komplizierter ist hingegen, wie man ein Bankensystem dafür haftbar machen kann, wenn es Diktaturen oder rassistische Staaten finanziert.

Unter diesen Vorzeichen sucht die Kampagne nach Möglichkeiten, wie sie die Banken und das Bankensystem anklagen kann. In Südafrika stehen Sammelklagen gegen Banken aus der Schweiz, England, Deutschland und anderen Ländern zur Debatte.

Eine ähnliche Frage stand schon einmal mit der «Odious-Debt-Doktrin» (odious heisst verhasst, abscheulich) in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts auf der Agenda. Es ging um einen Streit zwischen Grossbritannien und Costa Rica. Die Doktrin besagt, dass in bestimmten Fällen Nachfolgeregierungen von illegitimen Regimes die internationalen Schulden ihrer Vorgänger zurückweisen können, dann nämlich, wenn Kredite an frühere Regierungen der Repression oder der persönlichen Bereicherung dienten. Ich möchte noch betonen, dass neues internationales Recht meist durch neue Urteile und eine neue Rechtspraxis entsteht und nicht wie bei uns, durch Gesetze.

Schliesslich sind die südafrikanischen Entschädigungsforderungen vor dem Hintergrund der afrikanischen Dekolonialisierungsphase von 1945-1994 besonders wichtig.

Diese begann mit dem Aufstand von Sétif in Algerien 1945 und endete mit der Machtübergabe des Apartheid-Regime an eine demokratisch gewählte Regierung 1994.

Sie war begleitet von zahlreichen Aufständen und Kämpfen, von grausamer und brutaler Unterdrückung durch die Kolonialherren. All dies geschah zu einem Zeitpunkt, da die Nürnberger Prozesse schon stattgefunden hatten. Wenn die Apartheid also demnächst vor Gerichten verhandelt werden sollte, sind - was die Aufarbeitung und Bewältigung der kolonialen Vergangenheit betrifft - weitere diesbezügliche

Initiativen in Afrika zu erwarten.

Der nigerianische Literaturnobelpreisträger Wole Soyinka stellt zu Recht die Frage, weshalb bei der Dekolonisierung - auch im Fall von Südafrika - so viel von Versöhnung und so wenig von Entschuldigung und Wiedergutmachung die Rede gewesen ist. Ist dies nicht eine Form der Verweigerung von Menschenrechten dar, wenn die Ungeheuerlichkeiten, welche den afrikanischen Menschen angetan wurden, gar nicht als solche anerkannt werden? Während sich die südafrikanische Kampagne mit ihren Entschädigungsforderungen auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg konzentrieren will, verlangen andere afrikanische Organisationen und Länder auch Entschädigungen für die ganze Kolonialzeit und Sklaverei. Inzwischen haben die namibischen Herero in Washington eine Sammelklage gegen die Deutsche Bank, die Reederei Deutsche Afrika-Linie und den amerikanischen Baugerätehersteller Terex eingereicht. Sie fordern eine Entschädigung von zwei Milliarden Dollar für den deutschen Genozid von 1904, bei dem rund 65 000 Herero ermordet worden waren. Den Unternehmen werfen sie vor, damals eine «brutale Allianz» mit dem imperialistischen Deutschland" eingegangen zu sein, die zur Versklavung und Vernichtung der Herero geführt habe.

Wer wären denn die Nutzniesser von Entschädigungen?

Das ist für alle politischen Bewegungen ein heisses Thema. Das zeigte sich bei der Entschädigungsklagen von philippinischen Menschenrechtsgruppen klar. Die Menschenrechtsorganisationen und andere NGOs sind wegen dieser Frage zutiefst zerstritten. Einige Organisationen sind deshalb prinzipiell gegen Sammelklagen in den USA.

Grundsätzlich gilt: Es können einzelne Kläger und Klägerinnen auftreten, aber auch Gruppen von

KlägerInnen. Im Falle von einer Klage wegen Massakern, welche peruanischer Sicherheitskräfte an 19 Menschen verübt hatten, entschied der Interamerikanische Menschenrechts-Gerichtshofs in Costa Rica im März 2001, dass je Opfer eine Entschädigung von 175 000 Dollar bezahlt werden sollen. Bei den Klagen gegen philippinische Opfer lag der Durchschnitt der Entschädigungen bei 200 000 Dollar pro Opfer. Es können allerdings auch Gruppen auftreten und kollektive Schäden eingeklagt werden. Aber die Frage besteht: Wer von den vielen Opfern eines repressiven Systems kann klagen und was soll mit dem Geld passieren? Und woher soll das Geld kommen? Etwa von einer demokratisch gewählten Nachfolgeregierung, die ohnehin zu wenig Geld hat, um ihre Versprechungen in Sachen Gesundheitswesen und Schulen nachzukommen?

Weiter muss man auch berücksichtigen, dass der Gang vor ein US-Gericht und damit vor die US-Medienmaschinerie zu einer schweren Belastung der EinzelklägerInnen und der klagenden Organisationen werden kann.

Über die Verwendung allfälliger Entschädigungen gibt es in Südafrika bereits eine fruchtbare Arbeitsgrundlage in Form der intensiven Diskussionen, die anfangs der neunziger Jahre zur Vorbereitung eines nationales Wiederaufbauprogramm geführt wurden.

Hängt sich die Kampagne an die Erfahrungen an, die in der Schweiz mit der gerichtlichen Auseinandersetzung um die Rückgabe der nachrichtenlosen Vermögen gemacht wurden?

Ja und Nein. Erste Erfahrungen wurden schon vorher im Zusammenhang mit den Geldern des philippinischen Diktators Marcos gemacht. Damals beriefen sich die

Kläger zum ersten Mal auf ein altes US-Gesetz aus dem 18. Jahrhundert.

Welches Gesetz?

Es war ein Gesetz, mit dem die USA auf die damalige Globalisierung reagierten. Auf den Weltmeeren gab es einen rechtsfreien Raum und es gab die Piraterie. Es wurde ein Gesetz erlassen, das auch die Bestrafung der Untaten von Piraten ermöglichte, wenn die Täter in den USA Guthaben oder Firmenanteile besitzen, die Opfer aber nicht in den USA gelebt hatten und die Taten nicht auf US-Territorium begangen worden waren. Diese Klagelegitimation erstreckt sich auch auf alle Unternehmen, die sich in den USA mit einer Tochterfirma niedergelassen haben. Deshalb können alle grösseren Unternehmen aus Südafrika, der Schweiz oder irgendwelchen anderen Ländern in den USA angeklagt werden.

Wann ist mit Klagen vor einem US-Gericht zu rechnen?

Die Kampagne in Südafrika wird darüber entscheiden, wir – also die Schweizer Kampagne - unterstützen sie in ihren Forderungen. Auf jeden Fall sieht die Kampagne verschiedene Aktionsformen vor. Ein Plan sieht vor, dass erste Schuldtribunale zu Südafrika beim Gegengipfel zum World Economic Forum in Porto Alegre stattfinden werden. Derzeit klärt in Südafrika eine Task Force bestehend zum Teil aus renommierten JuristInnen die Frage von Sammelklagen in den USA ab. Die Schweizer Kampagne liefert Hintergrundinformationen und hat eine Beraterfunktion. Der Entscheid aber fällt in Südafrika. Eine gleiche Kampagne gibt es in Deutschland. In andern Ländern wird die Entschädigungsfrage auch diskutiert. Wichtig

ist für die südafrikanische Kampagne, afro-amerikanische Organisationen für ihre Sache zu gewinnen.

Seit mehr als zwanzig Jahren engagierst du dich für Südafrika, zuerst im Kampf gegen die Apartheid und nun für Wiedergutmachung. Wie ist es dazu gekommen?

Ich verbrachte in den siebziger Jahren fünf Jahre in Afrika, zuerst in Burundi und dann, gleich nach der Unabhängigkeit, in Moçambique.

Für die Arbeit in Moçambique wurde mein früherer Lebenspartner und ich vom zukünftigen Gesundheitsminister angesprochen, der damals in der Basler Chemie arbeitete und einer der wenigen Weissen war, der auf der Seite der Frelimo für die Unabhängigkeit des Landes gekämpft hatte. Er kannte uns aus der POCH. Wir arbeiteten dann an der Universität in Maputo, unter anderem am neu eröffneten Zentrum für afrikanische Studien, wo eines meiner Themen das Sanktionsregime gegenüber Rhodesien war.

In die Schweiz zurückgekehrt, fand ich 1982 Arbeit auf dem Sekretariat für den Südafrika-Boykott, einer Koalition von Organisationen, die sich für Südafrika-Sanktionen einsetzten, und machte von dort aus mit einer Genfer Kollegin erste Studien zur Rolle der Schweizer Banken in Südafrika. Ich muss hier anfügen, dass ich früher einmal bei einer Grossbank gearbeitet hatte und mir das Bankengeschäft deshalb nicht völlig fremd war.

So wurde ich allmählich zur Bankenspezialistin. Ich arbeite zeitweise in internationalen Zusammenhängen zur Planung der Finanz- und Goldsanktionen mit. Es

ging dabei darum, herauszufinden, mit welchen günstigen Mitteln der grösste Effekt zu erzielen ist. Denn im Gegensatz zur Bankenseite hatte die Sanktionen-Bewegung kaum Mittel zur Verfügung. Ich lernte dabei sehr viel über das Funktionieren von Finanzmärkten und das Geschäftsgebaren und die Imageempfindlichkeit von Banken.

Hat sich dein Einsatz gelohnt?

Ich bin der Meinung, dass die Finanzkampagne der achtziger Jahre einiges dazu beitrug, dass Südafrika in eine finanziell aussichtslose Situation geriet und deshalb das Apartheid-System aufgeben musste. Es wäre ein Irrtum zu glauben, dass man mit Sanktionen ein Regime stürzen kann, aber man kann Bedingungen schaffen, um die Gegenseite zum Einlenken zu bewegen. Sanktionen können eine wichtige Unterstützung von Bewegungen im Land selbst sein, vorausgesetzt diese haben klare Forderungen und wollen diese Sanktionen als Druckmittel. Das Ziel des Boykotts war, das Regime zu Verhandlungen über die Demokratisierung Südafrikas zu zwingen, die politischen Gefangenen freizulassen und die Freiheit der politischen Organisation und öffentlichen Debatte zu gewährleisten. Die letzten Sanktionen wurden aufgehoben, als Einigung über die Abhaltung freier demokratischer Wahlen und über die grundlegenden Fragen einer neuen Verfassung erzielt waren. Es war ein ausserordentlich hartes Seilziehen und die Aufrechterhaltung von einigen Sanktionen war bis zum Schluss wichtig.

Wie reagierten die Banken auf dein Engagement?

Ende der achtziger Jahre gaben sie die Devise aus, dass man nicht mehr mit mir gemeinsam auftreten dürfe.

Nur noch Topkader waren von dieser Regelung ausgenommen.

Bis heute verweigern sie jegliche öffentliche Debatte über die Südafrikafrage - nicht nur mir.

Die Studie von 1999 über Apartheid-Schulden wurde in gewissen Milieus der Wirtschaft zuerst als fehlerhaft abgetan. Inzwischen kam eine interdepartementale Arbeitsgruppe des Bundes allerdings zum Schluss, dass meine Arbeit wesentliche Fragen aufwirft, vor allem, was die Diskrepanz zwischen den Statistiken der Schweizerischen Nationalbank und der südafrikanischen Reservebank anbelangt.

Einen Teil wird das Nationalfondsprojekt zum südlichen Afrika unter der Leitung von Georg Kreis nun bearbeiten.

Eine Genugtuung ist für mich die Tatsache, dass sich meine Schätzungen in den achtziger Jahren über den schweizerischen Kapitalexport nach Südafrika als weitgehend realistisch erwiesen. Die südafrikanischen Statistik zu finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Schweiz wurden nämlich von der südafrikanischen Reservebank unter der Rubrik «Rest of Europe» verpackt. Dass dies auf Drängen der Schweizer Regierung ab 1965 geschah, weist nun die Studie von David Gygax nach. Die Statistiken der Schweizer Nationalbank hatten immer riesige Löcher.

Hat dir dein Engagement geschadet?

Vor allem ökonomisch war ein Druck da. Ich machte fast alles unentgeltlich. Es gibt verschiedene Mittel, um jemanden abzudrängen. Damals gab es zum Beispiel noch die Macht des Schweigens. Obwohl sie meine Kompetenz kannten, konnten es sich beispielsweise die Kirchen nicht leisten, offiziell mit mir zusammen zu

arbeiten und sie beauftragten deshalb andere Leute mit kritischen Abklärungen. Das änderte sich erst Mitte der neunziger Jahre. Um das Problem zu umgehen, wurden manchmal von mir verfasste Studien von anderer Seite eingereicht.

Doch die Bewegung war stark genug, so dass sich die Banken eine gewisse Zurückhaltung auferlegen mussten.

Dazu kam, dass hierzulande sowohl die Banken als auch die Politik und die Medien lange Zeit das wahre Ausmass der internationalen Boykott-Bewegung völlig unterschätzten. Die Banken gaben sich immer unbeeindruckt. Allerdings wussten wir schon damals, dass es gegen Ende der Apartheid in den Reihen der Bankangestellten zu Rumoren begann und die Banken mit internen Rundschreiben darauf reagieren mussten.

Unser Problem bis heute ist es, den Leuten das Gefühl zu geben, dass die Kampagne gegen das Bankenengagement in Südafrika ein Erfolg war und mindestens ein kleiner Beitrag zum Erfolg der internationalen Sanktionenkampagne war.

Diese wurde langfristig auf das Stichjahr 1989 aufgebaut, weil bekannt war, dass dann noch einmal eine Verhandlungsrunde mit den Gläubigerbanken Südafrikas anstehen würden. Wir wussten, dass wir massiven Druck aufbauen mussten, wollten wir erfolgreich sein. In der Schweiz gelang dies, auch dank der Anti-Apartheid-Bewegung in Zürich und Genf, die immer wieder Leute zum Protest vor den Banken zusammentrommeln konnte. 1989 ging der Notenbankchef Südafrikas auf Betteltour nach Europa. Er brachte die schlechte Nachricht zurück nach Südafrika, dass selbst die Schweizer Banken gesagt hätten, sie könnten nicht mehr einfach so Kredite gewähren, da nun selbst Leute von der Kirche vor ihren

Türen stünden. In der Tat: Anfangs 1990 erklärte dann der südafrikanische Präsident Frederik Willem de Klerk, dass die Regierung über die Abschaffung der Apartheid verhandeln und Nelson Mandela freilassen wolle. Seinem Bruder Wimpie sagte er später: «International gesehen standen wir am Abgrund».

Das Problem ist folgendes: Wenn es nicht gelingt, die Presse vom Erfolg zu überzeugen, dann nimmt die Öffentlichkeit dies auch nicht als Erfolg wahr. Und wie hätte sie es sonst wahrnehmen können? Es war ja zu keinem Zeitpunkt zu erwarten, dass die Banken ihre Schuld eingestehen und auch noch öffentlich erklären würden, dass der Druck auf sie eine Wirkung gehabt hat. Das wäre ja eine Aufforderung, es weiterhin zu versuchen.

Ich habe den Eindruck, dass in der Schweiz ein grosses politisches Problem darin besteht, dass für die Öffentlichkeit ständig Ohnmacht produziert wird. Das Gefühl, dass man etwas erreichen kann, muss in der Schweiz ständig zerstört werden. Die Leute sind zwar mit Missständen und Unrecht nicht unbedingt einverstanden, sind aber überzeugt, man könne doch nichts dagegen machen.

Wie rechtfertigten denn die Banken ihr Engagement?

Heute behaupten sie, sie seien schon immer gegen das Apartheid-Regime gewesen, hätten Sanktionen allerdings immer als kontraproduktiv eingeschätzt. Das stimmt im Rückblick einfach nicht. Die Studie von David Gygax zeigt deutlich, dass sie bis 1993 daran glaubten, dass das Apartheidregime Reformen durchsetzen will und dass diese Reformen auch genügen. Man hoffte auf die Reform der Apartheid und nicht auf deren Abschaffung. Der ANC wurde als kleine Terroristenorganisation angesehen. Die Banken und generell schweizerische Wirtschaftsführer waren zwar

gegen die Arbeitsmarktpolitik, gegen die so genannte Job Reservation, aber ihnen leuchtete die Politik der Homelands ein – und damit der prinzipiellen politischen Rechtlosigkeit der schwarzen StaatsbürgerInnen.. Am Schluss, als die Aufhebung der Unabhängigkeit der Homelands und die Einführung politischer Rechte für die Schwarzen unvermeidlich wurde, unterstützten sie noch die Idee des Apartheidregimes, eine Art extremen Föderalismus in Südafrika einzuführen, in dem die Homelands und schwarzen Städte als eigene administrative, politische und vor allem finanzielle Einheiten neben den weissen administrativen Einheiten bestehen sollten - eine Abart des hiesigen Föderalismus, eine Art Föderation von Ghettos.

Wie erklärst du dir die wichtige Rolle, die Schweizer Banken und Schweizer Unternehmen seit Ende des Zweiten Weltkrieges in Südafrika spielten?

Ich ging lange davon aus, dass das grosse Engagements der Schweiz für Südafrika mit der Einrichtung des Goldpools in Zürich Ende der sechziger Jahren einsetzte. Inzwischen weiss ich aber, dass die Schweizerische Bankgesellschaft bereits 1946 den erstaunlichen Grundsatzentscheid fällte, in Südafrika eine Vertretung zu investieren. Das war damals ungewöhnlich. Die wesentlich grösseren Banken, der Bankverein und die Kreditanstalt eröffneten ihre Vertretungen in Südafrika erst Ende der sechziger Jahre. Wie David Gygax zeigt, gingen in den fünfziger Jahren enorm viele Finanzinvestitionen nach Südafrika und in den belgischen Kongo (heute: Demokratische Republik Kongo)

Die Frage stellt sich, was waren die Beweggründe für ein solches Engagement? Ich gehe davon aus, dass die relative Isolation der Schweiz nach dem zweiten

Weltkrieg bei gleichzeitig hoher Finanzkraft, Südafrika zu einem interessanten Partner machte. Weiter stellt sich mir die Frage nach möglichen Verbindungen zu Nazis, die nach Südafrika flüchten konnten.

Schweizer Unternehmen wie Bally, Holderbank, Kuoni, Nestlé hatten Niederlassungen in Südafrika bereits vor Ende des Zweiten Weltkriegs. Ende der vierziger und anfangs der fünfziger Jahre stiegen zahlreiche andere Schweizer Konzerne in Südafrika ein, so die Basler Chemie, Oerlikon Bührle, Maschinenindustrielle - und im Jahr als die rassistische National Party 1948 an die Macht kam, die Securitas!

Ende der vierziger, anfangs der fünfziger Jahre wurden in Südafrika riesige Gold- und Uranvorkommen erschlossen. Schweizer Banken waren seit Ende des Zweiten Weltkrieges die grössten Golddetailhändler und kauften die Goldbarren der Bank of England ab. Noch völlig ungeklärt ist eine mögliche Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Aufrüstung.

Südafrika wäre bei einer atomaren Aufrüstung auf jeden Fall ein interessanter Partner gewesen, weil sich das Land der Kontrolle der USA teilweise entziehen konnte.

Und dann gibt es eine Identifikation mit dem Projekt der Apartheid, mit dem kleinen, von allen Seiten bedrohten Volk der Buren. Einiges muss diesbezüglich noch recherchiert werden. Gygax gibt in seinem Buch über die Swiss South African Association (SSAA)* viele wirklich primitive Aussagen zugunsten der Apartheid wieder. Offensichtlich sorgten sich Vertreter des SSAA, dass die naive Schweizer Bevölkerung zu wenig Verständnis für die zivilisatorische Idee der Apartheid aufbringen könnte. Es wurde deshalb Aufklärung über deren objektiv berechtigten Aspekte organisiert und zu diesem Zwecke Medienleute nach Südafrika eingeladen und systematisch "betreut". Man muss sich dabei in Erinnerung rufen, dass es Vertreter der Wirtschaftselite

waren, die diese unsäglichen Bulletins der SSAA finanzierten. Derartige Äusserungen traute ich bislang allenfalls Auswanderern nach Südafrika zu, die dank ihrer privilegierten Stellung als Weisse bessere wirtschaftliche Bedingungen hatten als in der Schweiz und sich unablässig vormachen mussten, sie hätten es durch Leistung und Überlegenheit verdient. Ich glaube jedoch inzwischen, dass sich die engen Beziehungen der Schweizer Wirtschaft mit Südafrika nicht einfach mit Wirtschaftsinteressen erklären lässt.

Also eine tiefe Verbundenheit?

Mir fiel zum Beispiel bei Podiumsdiskussionen immer wieder auf, wie die Schwarzen als pubertierende Jugendliche dargestellt wurden, die einfach richtig behandelt werden müssen. Man befand, dass sie einfach noch nicht reif für eine moderne Demokratie sind. Der Traum vom kontrollierten Wandel spukte in den Köpfen führender Wirtschaftsleute: rationale weisse Männer steuern die Entwicklung - ein Traum der heutzutage im Weltwirtschaftsforum (WF) auch gerne geträumt wird. Zwar gab es in der Schweiz ab und zu Kopfschütteln über einzelne Massnahmen, doch gegenüber dem Prozess der langsamen Zivilisierung der schwarzen Bevölkerung gab es keine Einwände. Man hielt Massnahmen wie lokales Mitspracherecht, die Förderung einer schwarzen Mittelklasse in den Städten, und die Bildung diverser unabhängiger Homelands für vernünftige Massnahmen zur allmählichen Entwicklung der schwarzen Bevölkerung und zur Regelung des Zusammenlebens von Schwarz und Weiss. Gerne liess man sich von Vorzeige-Schwarzen aus Homelands über die Vorzüge dieser Politik aufklären, die nichts anderes als eine exotische Umsetzung einer kruden Blut- und Bodentheorie war.

Kann man sagen, man wurde nicht einfach Komplize, weil man ökonomische Interessen zu verteidigen hat, sondern man investiert, weil es eine gemeinsame ideologische Basis gab?

Natürlich durfte die Sympathie zu Südafrika nicht den eigenen ökonomischen Interessen widersprechen. Und es liess sich ja auch ganz schön Profite machen. Es ging aber wie schon gesagt um eine einleuchtende gesellschaftspolitische Perspektive und um die Identifikation mit dem tapferen kleinen Burenvolk, das sich gegen eine feindliche Umgebung wehrte und dem englischen Imperialismus die Stirne bot.

Verschiedene Firmen sind auf jeden Fall lange und fest mit Südafrika verbunden: Dazu gehören die Bankgesellschaft, Holderbank und BBC. Andere Firmen hätten vermutlich wegen kleineren Engagements mehr Spielraum gehabt. Aber weder die einen noch die anderen konnten sich vom Apartheid-Regime lösen. Wenn man liest, wie im SSAA-Bulletin noch am Ende über das Apartheid-Regimes geschrieben wurde, käme man nie auf die Idee, dass derartiger Unsinn je von den führenden Wirtschaftskreise der Schweiz getragen worden ist. Ich möchte noch betonen, dass es für die Schweiz keinerlei gefährliche Kriegssituation wie während des Zweiten Weltkriegs gab, wo eine klare Kritik des Nationalsozialismus nicht so einfach war. Ganz im Gegenteil, auf internationaler Ebene gab es zunehmend eine Front gegen das Apartheidregime. Trotzdem erwiesen die Schweizer eine erstaunliche Loyalität gegenüber diesem Regime. Sie hätten wirklich nichts riskiert mit einer anderen Haltung.

Nun wird die Geschichte der Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika neu aufgerollt. Was ist zu erwarten von dem Forschungsprogramm, das der Bundesrat in

Auftrag gegeben hat?

Endlich können bereits vorliegende Daten ausgewertet werden. Mir und anderen engagierten WissenschaftlerInnen fehlten dazu schlicht und einfach die Mittel. Ich freue mich auf deren Veröffentlichung – sofern es denn zu einer Veröffentlichung kommt. Allerdings sind die staatlichen Archive nur bis maximal Ende der sechziger Jahre öffentlich zugänglich. Mithin sind die wirklich entscheidenden Jahre nach 1980 – als sich die Schweizer Banken speziell als finanzielle Unterstützer des Apartheidregimes profilierten – nicht verfügbar. Was das Bundesarchiv anbelangt, so können Zugangsbewilligungen erteilt werden. Nur ist damit nicht gewährleistet, dass dann die Studien mit neueren Daten auch veröffentlicht werden dürfen. Gleiches gilt für die Archive der Nationalbank. Der Zugang zu Geschäftsbanken und der Privatwirtschaft generell ist absolut nicht gewährleistet. Ein Archivprivileg ähnlich wie es die Bergier-Kommission hat, gibt es nicht. Das Buch von Gygax ist ein Beispiel für die schwierigen Verhältnisse bei der Erforschung dieses Feldes. Gygax erhielt keinen Zugang zu den Unterlagen der SSAA. Er musste alle verfügbaren Unterlagen in mühsamer Fleissarbeit zusammentragen.

So gibt das Buch denn auch kaum Auskunft über mögliche Konflikte innerhalb der SSAA – mithin bleibt der Verein bis zuletzt ein monolithischer Block uneinsichtiger Verteidiger der Apartheid.

Das Archiv-Privileg der Bergier-Kommission hatte nur beschränkte Wirkung. Es war vor allem ein politisches Zeichen. Verlangt die Kampagne bezüglich Südafrika ein ähnliches Signal?

Klar verlangen wir die Öffnung der Archive. In Südafrika sind die öffentlichen Archive vergleichsweise einfach

zugänglich. Bis Ende der siebziger Jahre sind alle Staatsarchive öffentlich – für jüngere Unterlagen werden Bewilligungen erteilt.

Im übrigen ist das Nationalfondsprojekt völlig unterdotiert. Wir verlangten zum Beispiel, dass südafrikanische und andere ausländischen Experten zur internationalen Dimension der Apartheid, zugezogen werden sollten. Dies wurde abgelehnt.

Aber selbst wenn unsere Forderungen abgelehnt werden: die Arbeit von Gygax zeigt, dass auch öffentlich zugängliche Materialien, Grundlage für lohnende und wichtige Untersuchungen sein können.

Es erstaunt mich immer wieder, wie wenige Leute - dies gilt auch für die Forscherinnen und Forscher - hierzulande gegenüber dem systematischen und durchorganisierten Rassismus, wie es die Apartheid darstellte, sensibilisiert sind. Das absolut rassistische Prinzip, das hinter dem Projekt Apartheid steckte, wird gar nicht als Ungeheuerlichkeit wahrgenommen. Skandalös war allenfalls der Krieg, das bio-chemische Projekt, Folter, Repression, Armut und Zwangsumsiedlung. Nicht aber die Tatsache, dass 85 Prozent der Bevölkerung die elementarsten politischen und sozialen Rechte vorenthalten wurden. Vor diesem Hintergrund müsste der Rassismus gegenüber SchwarzafrikanerInnen genauer untersucht werden. Er unterscheidet sich nämlich sehr vom Antisemitismus. Im Fall des Nationalfondsprojekts bedingte dies allerdings eine enge Zusammenarbeit mit südafrikanischen Stellen. Ich bezweifle allerdings, dass solche Fragestellungen im Rahmen des Nationalfonds aufgenommen werden.

Auch Gygax ist sich dieser Dimension vermutlich nicht ausreichend bewusst. Er argumentiert zu stark und zu pauschal mit wirtschaftlichen Interessen, wenn er die

politische Dynamik und die Verhaltensgründe der SSAA erklären will.

Für mich stellt sich die Frage, warum ausgerechnet der Kontakt zu Südafrika zur Chefsache wurde – warum die Crème der Schweizer Wirtschaftsführer sich regelmässig persönlich über den Gang der Dinge in Südafrika informierte. Warum gab es eine derartig weitgehende Zustimmung zu dem Projekt Apartheid?

Was ist denn für dich die Essenz des Buches?

Drei Punkte:

1. Südafrika war Chefsache.
2. Die Existenz einer Paralleldiplomatie der SSAA. Deren Eigenständigkeit fand einen Höhepunkt in der Einladung des südafrikanischen Verteidigungsministers General Magnus Malan im Jahr 1981 – zu einer Zeit also, da es für die politische Schweiz schon lange nicht mehr möglich war, offen Sympathien mit dem Apartheid-Staat zu zeigen, schon gar nicht zum Verteidigungs- respektive Kriegsminister, der bis zum Schluss ein berüchtigter Falke des Regimes war.
3. Apartheid als zivilisatorisches Projekt.

Sie war nicht der letzte Relikt einer untergehenden Zeit sondern ein Projekt mit einer Entwicklungsperspektive, eine Antwort auf die Nachkriegszeit. Verglichen mit anderen Ländern, nahm die Bedeutung der Schweizer Wirtschaft für Südafrika bis zum Ende der Apartheid enorm zu. Am stärksten war ihr Gewicht bei den langfristigen ausländischen Investitionen in Südafrika. Langfristige Investitionen haben immer etwas mit Perspektiven zu tun. Sie glaubte bis zuletzt, die Forderung «one man - one vote» sei umstritten und ein politischer Kompromiss diesbezüglich möglich.

Wo stehen die Banken heute? Was haben sie zu riskieren?

In den USA droht ihnen eine Milliardenklage. Aber Südafrika hat für sie inzwischen lange nicht mehr den gleichen Stellenwert. Die Anteile der Schweiz an ausländischen Investitionen in Südafrika sind nach der Demokratisierung stark gesunken. Der Goldpreis ist tief und die Produktionskosten in Südafrika relativ hoch, weil einfach schon sehr viel Gold ausgebeutet wurde. Es werden heute massenweise Goldminen in andern Ländern erschlossen. Alle wichtigen südafrikanischen Unternehmen haben ihren Börsenhauptsitz inzwischen nach London verlegt. Südafrika war vor zehn Jahren noch ein grosser Börsenplatz – grösser als Singapur zum Beispiel. Südafrika war schliesslich seit den sechziger Jahren der erste emerging market des Südens. Die Schweizer Banken hielten bereits damals wichtige Aktien-Anteile an grossen Goldproduzenten. Heute hat dieser Markt an Bedeutung eingebüsst.

Noch am Leben sind allerdings die meisten Exponenten, die in den achtziger Jahren mit Milliardenkrediten und dem Goldhandel die Ökonomie Südafrikas über Wasser hielten und die als Politiker grosszügig darüber hinwegschauten, wenn der Plafond für Kapitalexperte schlicht und einfach missachtet wurde. Ebenso die Journalisten, die sich mit teuren Reisen einseifen liessen. Und das macht eine Kampagne nicht einfacher, weil die Vertuschungsinteressen doch ziemlich virulent sind.

Afrika hat kaum eine internationale Lobby, nur gerade in den USA gibt es Rückhalt durch die afro-amerikanische Bevölkerung. Und um etwas durchzusetzen, muss mit sehr harten Bandagen gekämpft werden. Das hat auch die Auseinandersetzung um die nachrichtenlosen Vermögen gezeigt.

Mich beschäftigt die Frage, wie hierzulande und in

Europa die vergangenen Beziehungen zu Afrika zum Thema gemacht werden kann. Zur Anerkennung von Menschenrechten gehört auch die öffentliche Entschuldigung für und Auseinandersetzung mit deren Verletzung. Die Entschädigungsfrage muss auf den Tisch kommen. Wie kann man all diesen Forderungen eine hörbare Stimme in den Industrieländern verschaffen? Und wie bringen wir es zustande, uns den Realitäten einer widerlichen Vergangenheit zu stellen? Einfach wird es nicht sein.

Der südafrikanische Schriftsteller Breyten Breytenbach schrieb 1971 in einem Essay mit dem Titel «Geierkultur»: «Blickt man nach Südafrika hinein, so ist das, als blicke man um Mitternacht, wenn die Uhr schlägt, fratzenschneidend in einen Spiegel - die Grimasse bleibt, erstarrt bis in alle Ewigkeit. Ein schreckliches Gesicht, aber es ist das eigene. Apartheid ist der Zustand des Getrenntseins. Sie ist das Niemandsland zwischen Völkern.... Sie ist der Raum, in dem der Weisse Mann existiert. Sie ist die Entfernung, die er braucht, um sich selbst davon zu überzeugen, dass er dem anderen jede Art von Menschlichkeit verweigern darf. Im Endeffekt verweigert Apartheid jedwelche Menschlichkeit, sowohl ihm selbst als auch dem andern.»

David Gygax, La Swiss-South African Association, Un organe du capital helvétique en Afrique du Sud, Editions Aux Sources du Temps Présent, Freiburg 2001, 42 Franken

Ausserdem liegen zwei Broschüren zum Thema vor:

Odious Debts. Hinterlassenschaften der Diktatoren, hrsg. von Aktion Finanzplatz Schweiz/Amanda Weibel, Recherchiergruppe Schweiz-Südafrika, Zürich Oktober 2000, Fr. 12.-

Entschädigung ist ein Menschenrecht. Konzepte und
Analysen zu aktuellen Debatten und Kampagnen,
hrsg. von Aktion Finanzplatz Schweiz/ Martina Egli und
Mascha Madörin, Recherchiergruppe
Schweiz-Südafrika, Zürich November 2001, Fr. 20.-

Beide sind zu beziehen bei:
Aktion Finanzplatz Schweiz, Drahtzugstrasse 28, 4057
Basel, afp@datacomm.ch

[\[home\]](#)

